

II- 509 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XII. Gesetzgebungsperiode

**DER BUNDESMINISTER
FÜR UNTERRICHT
UND KUNST**

Zl. 030.098 - Parl./70

215 / A. B.
zu 240 / J. Wien, am 17. August 1970
Präs. am 19. Aug. 1970

An die
Kanzlei des Präsidenten
des Nationalrates

Parlament
1010 W i e n

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 240/J-NR/70, die die Abgeordneten Zeillinger und Genossen am 9. Juli 1970 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Zunächst darf ich feststellen, daß die Feststellung allein in Salzburg wären 200 Aufnahmewerber in die erste Klasse der allgemeinbildenden höheren Schulen wegen Raummangel abgewiesen worden, nicht den mir vorliegenden Informationen entspricht. Es gab zwar zunächst Schwierigkeiten, doch konnten - auch unter Berücksichtigung der Schultypenwünsche der Eltern - alle Schüler in Schulen mit gymnasialer oder realgymnasialer Ausbildung Aufnahme finden. Daß nicht alle Schüler an jener Schule, an der sie ihre Eltern angemeldet haben, aufgenommen werden konnten und ein kleiner Teil auf andere allgemeinbildende höhere Schulen der Stadt Salzburg verteilt werden mußte, kann zwar im Einzelfall zu einer geringfügigen Verlängerung des Schulweges führen, stellt aber keine unzumutbare Härte dar. Es gehört auch zu den Pflichten der Schulbehörde auf eine gleichmäßige Verteilung der Schüler auf die im Einzugsgebiet vorhandenen Schulen zu achten.

Ganz allgemein gilt, daß die tatsächlich vorhandene Raumnot an den allgemeinbildenden höheren

./.

Schulen in erster Linie auf das überproportionale Wachstum der Unterstufen, also der ersten bis vierten Klassen, zurückzuführen ist und daß der tatsächlich beträchtliche Schulraumzuwachs mit der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen nicht Schritt halten konnte. Im Zeitraum 1966 bis 1970 hat die Zahl der Schüler der Unterstufe um 32 % zugenommen, die der Oberstufe nur um 13%. Rund ein Drittel aller 10 - 14jährigen Salzburger besucht bereits die Unterstufe einer allgemeinbildenden höheren Schule.

Aus diesen Zahlen ist deutlich zu ersehen, daß das Mißverhältnis zwischen Schülerzuwachs und Schulraumzuwachs in erster Linie für die Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schulen, für die Schule der 10 - 14jährigen also, zutrifft. Das durchaus selbstverständliche Bestreben nahezu aller Eltern, die im Einzugsbereich einer allgemeinbildenden höheren Schule wohnen, ihr Kind statt in die erste Klasse der Hauptschule in die allgemeinbildende höhere Schule zu schicken, wird zweifellos so lange mit allen bedauerlichen und den Schülern abträglichen Folgen auch in pädagogischer Hinsicht andauern, solange es nicht zu einer alle 10 - 14jährigen umfassenden Organisation der Schule kommt.

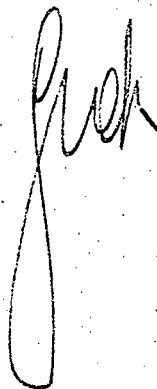
Nun zur Schulraumsituation:

Im Zeitraum 1960 bis 1970 wurden ca. 1000 Klasseneinheiten für allgemeinbildende höhere Schulen durch Neu-, Zu- oder Aufbauten und volumsvermehrnde Generalsanierungen neu geschaffen. Derzeit sind ca. 320 Klasseneinheiten in Bau. In konkreter Planung befinden sich ca. 450 Klasseneinheiten. Eine weitere Intensivierung des Schulbautempos erwarte ich mir sowohl von einer Erhöhung des normalen Schulbauprogrammes, wie auch durch einen verstärkten Einsatz neuerer Finanzierungssysteme, insbesondere des Leasing, mit dem bereits gute Erfahrungen gemacht worden sind. Dieses Finanzierungssystem will ich vor allem auch dort anwenden, wo zur Verbesserung der schulorganisatorischen Verhältnisse oder zur Erschließung neuer Einzugsgebiete Schulgründungen notwendig sind,

- 2 -

die aber nur dann realisiert werden können, wenn zugleich mit der Beschlußfassung über die Schulgründung auch ein Schulneubau begonnen und raschest fertiggestellt wird.

Weiters wurde vom Interministeriellen Komitee für Schulbaufragen, dem Vertreter des Bundesministeriums für Finanzen, des Bundesministeriums für Bauten und Technik und meines Ressorts angehören, einvernehmlich ein zehnjähriges Schulausbaukonzept fertiggestellt, das für alle weiterführenden Schulen, also auch für die berufsbildenden mittleren und höheren Schulen, ein Gründungs- und Schulbauprogramm beinhaltet. Dieses Konzept werde ich im kommenden Herbst mit den Repräsentanten der Landeschulräte und der Bundesländer erörtern und nach entsprechender Endredaktion dem Nationalrat vorlegen.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'F. Sch.', written in a cursive style.